

FDP im Römer

KUNSTRASENPLÄTZE – VEREINE BRAUCHEN PLANUNGSSICHERHEIT

24.07.2019

Die aktuelle Diskussion um das geplante EU-Verbot von Mikroplastik wirft verstärkt die Frage auf, welche Materialien auf Frankfurts Kunstrasenplätzen verwendet werden. Die FDP-Römerfraktion hat in einem Antrag den Magistrat aufgefordert, umgehend den Stadtverordneten eine Aufstellung vorzulegen, aus der hervorgeht, wie viele Kunstrasenplätze in Frankfurt mit Gummigranulaten welcher Qualität belegt sind. „Kunstrasenplätze sind in einer wachsenden Großstadt wie Frankfurt unverzichtbar, wenn auf kleinem Raum möglichst viele und umfassend nutzbare Sportmöglichkeiten angeboten werden sollen. Die Überprüfung von möglichen umweltfreundlichen Alternativen ist an dieser Stelle notwendig, damit die Vereine ihren Spielbetrieb aufrechterhalten können“, erklärt [Michael Bross](#), umwelt- und sportpolitischer Sprecher der FDP-Römerfraktion.

Selbstverständlich sei dabei darauf zu achten, dass insbesondere neue Kunstrasenplätze nicht mit für Gesundheit oder Umwelt schädlichem Granulat gefüllt werden. „Vor diesem Hintergrund haben wir den Magistrat aufgefordert, bei zukünftigen Ausschreibungen für Kunstrasenplätze verstärkt darauf zu achten, dass ausschließlich umweltfreundliche Füllmaterialien verwendet werden“, so Bross und erklärt weiter: „Im Zusammenhang mit einer möglichen EU-Richtlinie, die Mikroplastik auf Kunstrasenplätzen verbieten könnte, ist es wichtig, dass die Vereine genügend Zeit haben, um die betroffenen Plätze zu sanieren. Aus diesem Grund würden wir Freie Demokraten eine Übergangsfrist, wie sie bereits in anderen Gremien diskutiert wird, begrüßen. Unabhängig davon wäre es sinnvoll, wenn die Stadt bereits jetzt ein Zeitplan erstellt, aus dem hervorgeht, ob und bis wann die mit Granulat belegten Kunstrasenplätze umgebaut werden müssen, damit die betroffenen Vereine planen können. Sollten die Pläne der EU zum Verbot von Mikroplastik tatsächlich auch Kunstrasenplätze betreffen, ist es wichtig, dass Frankfurts Vereine die

notwendige Unterstützung erhalten und die Stadt hinreichend Maßnahmen ergreift, damit keine Plätze geschlossen werden müssen“.